

27.01.2026

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

LSVD+ fordert verantwortungsvolle Erinnerungspolitik

Berlin, 27.01.2026. Anlässlich des heutigen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt **Alva Träbert für den Bundesvorstand des LSVD+ – Verband Queere Vielfalt** zur Bedeutung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche sowie weitere queere Menschen (LSBTIQ*):

"Nie wieder" erfordert die Verteidigung einer wehrhaften Demokratie, von geschlechtlicher und sexueller Selbstbestimmung und das Engagement gegen Spaltung und Hass. Daraus ergibt sich die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger*innen, staatlichen Schutz von queeren Leben zu verankern, etwa durch die Erweiterung von Art 3 Grundgesetz, damit er allen queeren Menschen Sicherheit garantiert.

Erinnerungspolitik ist so gefährdet wie schon lange nicht mehr: in Deutschland verzeichnen wir inzwischen fast täglich einen Angriff auf Gedenk- und Erinnerungsorte. Umso wichtiger ist es, dass alle damals verfolgten und heute weiterhin oft marginalisierten Gruppen gemeinsam sichtbar gegen Ausgrenzung eintreten. Denn wenn Hass, Hetze und Gewalt sich wieder ausbreiten, sind LSBTIQ* und andere oft zuerst betroffen. Unsere Sicherheit und reale Chance auf politische und gesellschaftliche Teilhabe sind ein Gradmesser für Demokratie. Also hört uns zu, wenn wir Alarm schlagen. Wir alle müssen dem demokratiefeindlichen Backlash entgegenreten. Der beste Zeitpunkt dafür ist bereits verstrichen, der nächstbeste Zeitpunkt ist jetzt.

Die Erinnerungspolitik hat in den letzten Jahren zentrale Fortschritte gemacht, um verfolgte, ermordete und vergessene LSBTIQ* endlich angemessen und würdig in unser kollektives Gedächtnis zu rufen. Unter anderem wurde 2023 der queeren Opfern des NS-Regimes zum ersten Mal mit einer Bundestagsgedenkstunde und am Volkstrauertag durch den Bundespräsidenten gedacht. Trotzdem ist das Gedenken an LSBTIQ* in vielen Gedenkstätten und in der Bildungsarbeit immer noch unsichtbar. Besonders bestehende Forschungslücken zur Verfolgung von TIN*-Menschen müssen endlich geschlossen werden. An allen Gedenk- und Erinnerungsorten der Bundesrepublik muss die Vielfalt der verfolgten Gruppen sichtbar werden.

Weiterlesen:

- [Beschluss des LSVD+ - Verbandstags 2025 zu Gedenkarbeit \[/de/ct/13923-Gedenkarbeit\]](#)
- [Angriffe auf Gedenkstätten und Erinnerungsorte für die Opfer des Nationalsozialismus \[/de/ct/15766-Angriffe-auf-Gedenkstaetten-und-Erinnerungsorte-fuer-die-Opfer-des-Nationalsozialismus\]](#)
- [Der lange Kampf um eine LSBTIQ*-inklusive Gedenkkultur \[/de/ct/8492-geschichtspolitisches-coming-out\]](#)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



- Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten LSBTIQ* am Tiergartendenkmal [[/de/ct/16226-Gedenken-an-die-im-Nationalsozialismus-verfolgten-und-ermordeten-LSBTIQ-am-Tiergartendenkmal](#)]

- Gedenken an die queeren Opfer der NS-Zeit in Köln [[/de/ct/16203-Gedenken-an-die-queeren-Opfer-der-NS-Zeit](#)]

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.